

Thiel, Eberhard

Article — Digitized Version

Akzentverschiebung durch Nachtragshaushalte?

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Thiel, Eberhard (1989) : Akzentverschiebung durch Nachtragshaushalte?, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 69, Iss. 12, pp. 584-

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/136582>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

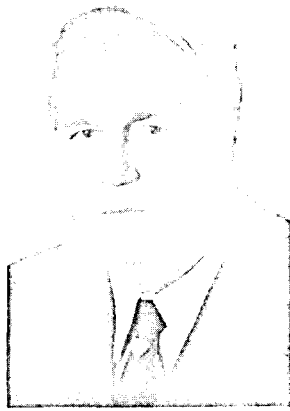
Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Als der Bundesetat mit Ausgaben von 300 Mrd. DM verabschiedet wurde, war den Beteiligten bereits klar, daß kurzfristig eine Revision erforderlich werden würde. Während in früheren Jahren quantitative Etatkorrekturen routinemäßig mit Hinweisen auf die Unsicherheiten bei der Abschätzung einzelner Positionen angekündigt wurden, geht es in diesen Monaten möglicherweise um qualitative Akzentverschiebungen mit Konsequenzen für die künftigen Etatstrukturen. Denn es wäre eine Illusion anzunehmen, daß die Bundesrepublik Deutschland von den tatsächlich die Bezeichnung Wende verdienenden Veränderungen in der Deutschen Demokratischen Republik und in anderen zentral-europäischen Staaten unberührt bliebe.

Neben den Ausgaben für die Eingliederung von Übersiedlern und für die beschlossene Mitfinanzierung eines DDR-Reisedevisenfonds besteht die bisher am stärksten auffallende Reaktion der Bundesrepublik in der Aufforderung zur Einführung einer marktwirtschaftlich orientierten Wirtschaftsordnung in der DDR. Diese Empfehlung ist zwar kostenlos, sie enthält in dieser unspezifizierten Form aber auch keinerlei Substanz. Bekanntlich gibt es zwischen den Lehrbuchalternativen Marktwirtschaft/Zentralverwaltungswirtschaft eine Fülle von konkreten Ausprägungen der Wirtschaftsordnung. Selbst die Bundesrepublik hat keinen festen Platz auf dieser Skala, was sich nicht nur an schwankenden Staatsanteilen, sondern auch an Veränderungen der Regulierungsdichte und an den wachsenden Subventionen ablesen läßt. Die DDR sucht gegenwärtig ihren neuen Platz auf dieser Skala. Offen ist dabei, ob eine ähnliche Ausprägung der Wirtschafts- und Sozialordnung wie in der Bundesrepublik tatsächlich die Voraussetzung für die Erreichung einer höheren Effizienz darstellt.



Eberhard Thiel

Akzentverschiebung durch Nachtrags Haushalte?

Wenn die politischen Willensträger der DDR Kapital aus dem privaten Sektor der Bundesrepublik für die Umstrukturierung der eigenen Wirtschaft in Anspruch nehmen wollen, wird ein solcher Transfer nur gelingen, wenn die westlichen Unternehmen dort die ihnen angemessenen erscheinende Rentabilität und Sicherheit erwarten können. Dabei geht es um Reaktionen westlicher Firmen auf die Veränderungen in der DDR. Man darf darauf gespannt sein, bei welcher Qualität der Absicherung Unternehmungen mit ihren direkten Aktivitäten beginnen und die Banken größere Kredite bereitstellen.

Eine Beeinflussung solcher Kalküle durch budgetwirksame westdeutsche Subventionen müßte angesichts des Arbeitskostengefalles befremden. Als Begründung genügt dabei auch nicht die Förderung mittelständischer Unternehmen, zumal weitere Verzerrungen nicht nur in der Bundesrepublik, sondern auch in der DDR auftreten. Angebote der Bundesrepublik auf dem Gebiet der Weiterbildung und Beratung dürften hilfreicher sein. Anfragen aus der DDR nach öffentlichen Krediten oder Zuschüssen in größerem Umfang für andere als Infrastrukturzwecke könnten jedoch

besonders während einer vertretbaren Übergangszeit bis zur Aktivierung privater Investoren positiv beantwortet werden; neben einer möglichen Finanzierung über den Etat sind inzwischen auch andere Finanzierungsmodelle im Gespräch.

Am ehesten werden die Etats in der Bundesrepublik wohl durch die erforderliche Behebung von Kapazitätsengpässen in der Infrastruktur in den Regionen entlang der Grenze zur DDR belastet. Während der Diskussionen über die EG-Intensivierung 1992 wurden diese Gebiete als benachteiligt eingestuft. Die Situation hat sich nunmehr geändert. Dennoch werden die Forderungen nach Finanzhilfen aus den zentralen Etats zunehmen, so daß Reformen der Regionalpolitik und des Finanzausgleichs dringlicher werden. Die öffentliche Mitfinanzierung von Infrastruktureinrichtungen (Verkehrswege, Telefon, Umweltschutz) auf dem Gebiet der DDR dürfte die Parlamente sehr schnell beschäftigen und auch budgetwirksam werden.

Wenn angesichts der hohen Nettokreditaufnahme auf den ersten Blick in den Etats kaum Spielräume für die Finanzierung solcher zusätzlichen Belastungen vorhanden zu sein scheinen, wird doch intensiv zu prüfen sein, ob nicht die großen Ausgabenblöcke wie Verteidigung und Subventionen abzuschmelzen sind. Erst wenn das nicht gelingt, wäre zu diskutieren, ob die Verschuldung oder die Steuerbelastung erhöht werden sollte; dem Anlaß scheint dann eher eine Steuererhöhung angemessen zu sein. Schließlich wird schon heute darauf hingewiesen, daß man auch angekündigte Reformen (Senkung der Unternehmensbesteuerung, Familienpolitik) verschieben könnte. Die Prüfung der Begründungen für Mehrausgaben und die Darlegung alternativer Finanzierungspläne mit ihrer unterschiedlichen Lastenverteilung sollten Gegenstand der Debatten über die Nachtrags Haushalte sein.